

# Niederschrift

## JHA/016/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine  
am 04.05.2023

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

### Anwesend als

#### Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

#### Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

#### beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
--------------------------	-----------	--------------

#### beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Sabine Schillack		Ausschussmitglied f. Schu-
-----------------------	--	----------------------------

len

**Vertreter:**

Frau Christiane Varelmann

Vertretung für Frau Svenja  
Glasmeyer

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Frau Andrea Bischoff

Sachkundige Einwohnerin f.  
Familienbeirat

Frau Nina Jansen

Sachkundige Einwohnerin f.  
Beirat f. Menschen mit Be-  
hinderung

**beratende Mitglieder:**

Frau Mona Gedicke

Interessensvertreterin Ju-  
gendteam

**Verwaltung:**

Herr Raimund Gausmann

Beigeordneter

Frau Emely Hermes

Kinder- und Jugendschutz

Frau Diana Möllers

Kinder- und Jugendarbeit

Frau Annette Wiggers

Jugendamtsleiterin

Frau Andrea Atrott

Schriftführerin

**Gäste:**

Herr Dirk Holtmann

Stadtjugendring  
(TOP 5 – Vortrag)

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Max Richter

Ausschussmitglied f. Ju-  
gendverbände

Frau Sylvia Egelkamp

Ausschussmitglied f. Ju-  
gendwohlfahrtsverbände

Herr Winfried Hülsbusch

Ausschussmitglied f. Ju-  
gendwohlfahrtsverbände

**beratende Mitglieder:**

Herr Christian Evers                      BfR    Sachkundiger Bürger

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Domenico Bellinvia	Ausschussmitglied f. Katho- lische Kirche
Frau Andrea Gehring	Ausschussmitglied f. Ar- beitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Rich- ter
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evan- gelische Kirche
Frau Svenja Glasmeyer	Jugendamtselfternbeirat

**beratende Mitglieder:**

Frau Carla Zachey    AG 78

**beratende Sachkundige Einwohner:**

Herr Vincenzo Pirone    Sachkundiger Einwohner f.  
Integrationsrat

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Sabine Schillack als Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1.                      Niederschrift Nr. JHA/015/2023 über die öffentliche Sitzung am 09.03.2023**

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

**2.                      Informationen der Verwaltung**

Herr Gausmann informiert, dass die zum Stärkungspakt NRW eingestellte Tabelle dem Sozialausschuss identisch zur Verfügung gestellt worden sei. Er weise auf drei Punkte hin, die die Jugendhilfe betreffen würde:

- Mit dem „Ferienpass für alle“ solle es in diesem Jahr allen Kindern in Rheine ermöglicht werden, an allen Ferienpass-Aktionen teilzunehmen. Bei Bedarf würden auch zwei oder drei Ferienpässe pro Person herausgegeben.
- Mit dem Fördertopf für nicht BuT-berechtigte Leistungsempfänger(innen) solle allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Ferienfreizeiten/Klassenfahrten etc. ermöglicht werden, denen es sonst aus finanzieller Sicht nicht möglich wäre. Auf Meldungen der Schul- oder Lagerleitungen werde die Stadt Rheine über diesen Fonds die Kosten übernehmen.
- Von dem Fördertopf für „krisenbedingte Mehrausgaben für Betriebs- und Raumkosten ...“ könnten auch die Einrichtungen der Jugendhilfe profitieren.

Der LWL habe der Stadt Rheine aus dem Förderprogramm „Kinder- und Jugendförderplan NRW“ 4.834,23 Euro für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gewährt, ohne dass ein Antrag erforderlich gewesen sei. Im Jugendhilfeausschuss (17. November 2022) sei über den Antrag des Stadtjugendringes, für die Häuser der Offenen Tür zusätzliche Mittel für die Betriebskosten bereitzustellen, diskutiert worden; einen Förderantrag zu stellen habe sich somit erledigt.

Aktuell sei die Meldung hereingekommen, dass der Jugendtreff St. Michael am Mittwoch, 21. Juni 2023 um 17:00 Uhr (in den ehemaligen Räumen des Pfarrheims St. Michael) eröffnet werde. Die Jugendhilfeausschussmitglieder seien herzlich eingeladen; die Einladung werde folgen.

Er habe verschiedentlich die mobile Pumptrack-Anlage besucht, welche vor den Osterferien eröffnet worden sei; diese sei immer gut besucht gewesen.

Er informiert (unter TOP 9 vorgetragen), dass am 7. Juni 2023 um 16:00 Uhr vor der um 17:00 Uhr stattfindenden Jugendhilfeausschusssitzung, eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss stattfinden werde. Themen seien die OGS (Offene Ganztagschule) und die von Frau Schulz-Bennecke angefragten Fördermöglichkeiten für Projekte in Schulen.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Es gibt keine Einwohnerfragen.

### **4. Informationen aus dem Familienbeirat**

Frau Bischoff informiert, dass die letzte Sitzung des Familienbeirates im März 2023 stattgefunden habe und dort die Schwerpunktthemen konkretisiert worden seien.

Im Herbst 2023 werde eine Obstrettungsaktion mit jüngeren und älteren Menschen als generationsübergreifendes Projekt stattfinden.

Des Weiteren werde für den Herbst 2023 ein Walderlebnistag geplant.

Eventuell werde die Aktion „Gelbe Füße“, die vor den Grundschulen stattfindet, auf die Kindergärten ausgeweitet.

In der nächsten Woche würden die „Mini-Bücher“ für die neuen Kindergartenkinder verteilt werden. Sie bedankt sich, dass der Familienbeirat dafür einen Zuschuss erhalten habe.

Mit dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderung sei eine gemeinsame Eingabe zur Errichtung einer Bushaltestelle am Friedhof Eschendorf gemacht worden, welche vermutlich am 6. Juni 2023 im Haupt-, Digital- und Finanzausschuss besprochen werde.

**5. Bericht zum Projektverlauf „Fit für Demokratie – Jugend stärken für Toleranz, Beteiligung und Vielfalt“  
Vorlage: 159/23**

Herr Dirk Holtmann (Mitarbeiter des Stadtjugendringes Rheine e. V.) und Frau Antonia Richter (Mitarbeiterin des Jugend- und Familiendienstes Rheine e. V. und Vorsitzende des Stadtjugendringes Rheine e. V.) führen ihre Präsentation (**Anlage 1**) vor.

Genau wie Herr Fühner, lobt Herr Hewing den Vortrag und die Projektarbeit. Herr Hewing gibt an, dass durch die Aktion „Sauberes Rheine“ mit dem Entfernen von antidemokratischen Aufklebern und Stickern, worüber er auch in der Zeitung gelesen habe, Haltung gezeigt werde und er diese gut finde. Er fragt, wie man Jugendliche erreichen und auffangen könne, die noch nicht demokratiefest bzw. schon antidemokratisch „unterwegs“ seien.

Herr Beckmann schließt sich den Vorrednern an. Er erzählt, wie sehr ihm in seiner Jugendzeit die Reisen nach Auschwitz, Riga und Birkenau sowie die Wartezeiten und Schikanen an den Grenzkontrollen in der damaligen DDR geprägt hätten. Er fragt, ob es Fördermittel gebe, um Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, in Länder, in denen keine Demokratie vorhanden sei, wie z. B. Jordanien, Palästina usw., zu reisen und diese kennenzulernen.

Frau Leskow hofft, dass sie ihre Projektarbeit weiterführen und auch noch erweitern würden. Zu dem anderen Gesagten fügt sie hinzu, dass für eine solche Passkontroll-Erfahrung schon eine Reise außerhalb der EU, wie z. B. nach Großbritannien, ausreichen und das Budget dieses vielleicht noch hergeben würde.

Herr Holtmann erklärt zu der Frage von Herrn Hewing, dass die, die ihre Meinung voll und ganz gefasst hätten, schwierig zu erreichen seien. Ziel sei es, die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die in ihrer extremistischen Meinungsäußerung noch nicht verfestigt seien. Erreichen würden sie natürlich als Erstes die, die schon eine gewisse demokratische Vorprägung zu dem Thema hätten; diese würden es aber weitertragen. Wie Frau Richter gerade vorgetragen habe, hätten sie so einiges dazu durchgeführt, wie z. B. im letzten Jahr bei dem Workshop, wo es konkret um Fake News im Netz gegangen sei: Sie hätten den Teilnehmer(inne)n gezeigt, wie sie diese erkennen könnten, wann und wie es sich lohnen würde dagegen zu reden, dem sogenannten „Counter Speech“ oder wie sie Memes im Netz erstellen könnten, um dort auf satirische und lustige Art und Weise den extremistischen Meldungen den Wind aus den Segeln zu nehmen oder wie sie ihre Meinungen in ihrer Peergroup, ihrem Instagram-Post usw. erfassen und weitertragen könnten. Weiterhin berichtet er über seine Erfahrungen, die er nach einer Fahrt nach Auschwitz gemacht habe.

Frau Richter gibt an, in Zukunft mehr an Vereine und Verbände herantreten zu wollen. Dort seien vielleicht auch Kinder und Jugendliche, die keine demokratische Haltung hätten oder sich dazu noch keine Gedanken gemacht hätten.

Zu der Wortmeldung von Herrn Beckmann antwortet Frau Richter, dass sie seine Anregung gerne mitnehme. Sie würden regelmäßig nach Fördermöglichkeiten Ausschau halten und auch

noch auf die Bewilligung von Anträgen warten. Sie würden gerne etwas zum Thema „DDR-Zeit“, „Pressefreiheit“, „Meinungsfreiheit“ usw. machen wollen.

Herr Holtmann ergänzt, dass die Antragsverfahren für eine Fahrt außerhalb der EU aufwendiger seien und eine längere Vorlaufzeit benötigen werde. Bei dem Deutsch-Israelischen Jugendwerk müsse ein Antrag z. B. schon im Juni des Vorjahres eingereicht werden.

Herr Gausmann gibt an, dass die präsentierten Folien die enge Kooperation mit der Stadtschüler(innen)vertretung und allen weiterführenden Schulen zeigen würde. In den Schulen sei der Vorteil, dass alle Kinder und Jugendliche angesprochen werden könnten. In Rheine würde in den unterschiedlichen Formaten intensiv über Demokratie, Rechts- und Linksextremismus und extremistische Tendenzen gesprochen und diskutiert.

Herr Fühner sagt, dass er für diese Aktivitäten sei. Er glaubt aber, dass die Kinder an den weiterführenden Schulen schon in einem Altersbereich seien, in dem sie durch ihre Umwelt in ihrer Meinungsbildung geprägt wären und kaum noch korrigierbar seien. Er regt an, die Aktivitäten früher, ggf. schon im vorschulischen Bereich, anzugehen.

Herr Hewing findet, dass Erwachsenen ihre demokratische Haltung zeigen sollten, wodurch sie die Kinder und Jugendlichen beeinflussen würden.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Projekt „Fit für Demokratie – Jugend stärken für Toleranz, Beteiligung und Vielfalt“ zur Kenntnis.

#### **6. Freizeitflächenbedarfsplanung 2023-2028 Entwurf Vorlage: 152/23**

Frau Wiggers erklärt, dass der Freizeitflächenbedarfsplan 2023 – 2028 vor dem Druck mit Fotos und Grafiken aufgearbeitet werden würde. Sie zeigt dazu einige Beispiele.

Bei dem Punkt 8 „Stadtteilprofile“ würden noch Änderungen und Ergänzungen sowie das Vorwort des Bürgermeisters eingearbeitet werden. Neu gegenüber dem alten Plan seien die Interviews mit den unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Zielgruppen. Kernstück sei die Bewertungsliste mit verschiedenen partizipativen Projekten, welche die Planungsgrundlage der alljährlichen Renovierungsliste bilde. Das Zusammenwirken der unterschiedlichen Arbeitsbereiche solle auch im neuen Plan weiterhin so durch- und fortgeführt werden. Auf der Fachebene der TBR erfolge die Bestandsaufnahme, welche zusammen mit dem Jugendamt ausgearbeitet werde, zur Beratung in den Unterausschuss Kinderspielplätze und danach zur Beratung und Beschlussfassung in den Jugendhilfeausschuss gehe.

Frau Floyd-Wenke merkt an, dass zwar am Anfang die Umbenennung erklärt werden würde, jedoch die Hervorhebung, das es sich um generationsübergreifende Freizeitflächen handele, fehlen würde. Da sie den Plan als Bekenntnis ansehe, etwas zu machen, sollten die oftmals verwendeten Konjunktive durch ein deutlicheres „werden“ ersetzt werden.

Sie möchte wissen, wie viele der 131 Flächen Spielflächen, Freizeitflächen für Senioren oder anderen Zielgruppen seien, ob neue Freizeitflächen aufgenommen würden und eine Budgeterhöhung für eine Angebotsflächenausweitung vorgenommen werden müsse.

Frau Wiggers antwortet, dass sie die Anregung zu den „generationsübergreifenden Freizeitflächen“ aufnehmen und in einem Artikel darstellen würde.

Den Konjunktiv habe sie gewählt, weil die Planungen der einzelnen Maßnahmen erst im Unterausschuss Kinderspielplätze beraten und anschließend im Jugendhilfeausschuss beraten und beschlossen werden müssten.

Im hinteren Teil des Freizeitflächenbedarfsplans seien die verschiedenen Spiel- oder Freizeitflächentypen aufgelistet. Sie werde die Anzahl nach Typen zusammengefasst im Text aufnehmen.

Herr Gausmann erklärt, dass jährlich 100.000 Euro für Renovierungsausgaben an Spielflächen bereitstünden. Die städtischen Freizeitflächen seien im Rahmen der Amtshilfevereinbarung in der Pflege der TBR; sie würden nicht gesondert aufgeführt. Er bestätigt, dass für künftige Großprojekte zusätzliche Mittel benötigt würden. Die große festinstallierte Pumptrack-Anlage werde vermutlich bis Mitte 2024 mit einem „Preisschild“ als Beschlussvorlage dem Ausschuss vorgelegt werden. Inklusive Spielplätze seien deutlich teurer als die normalen und würden mit einem „Preisschild“ versehen für die Haushaltsplanberatungen abgebildet werden.

Herr Fühner regt an, dass der Unterausschuss Kinderspielplätze sich zuerst die Budgetfrage substantiell anschauen solle, um danach eine Vorlage für den Jugendhilfeausschuss vorzubereiten.

Frau Floyd-Wenke sagt, dass über das Budget gesprochen werden müsse, wenn der Unterausschuss über alle Freizeitflächen beraten würde. Zudem seien die anderen Beiräte über die generationsübergreifende Arbeit zu informieren.

Herr Fühner regt an, dass über einen neuen Namen und die Zusammensetzung des Unterausschusses Kinderspielplätze nachzudenken sei. Als Name könnte er sich z. B. „Unterausschuss Freizeitflächen“ vorstellen und, dass als zusätzliche Mitglieder Vertreter(innen) vom Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderung aufgenommen würden (*der Familienbeirat ist bereits vertreten*). Wichtig sei ihm, dass der Unterausschuss dem Jugendhilfeausschuss zugeordnet bleibe; ggfs. auch dem Sozialausschuss. Es sei auf eine effiziente Struktur zu achten, damit das hervorragende Zusammenspiel zwischen TBR und Verwaltung erhalten bleibe.

Frau Overesch schließt sich dem nahtlos an. Es sei ein guter Schritt gewesen, andere Dinge wie „Generationen“ und „Inklusion“ mit in den Fokus zu nehmen. Sie störe sich nicht an den Konjunktiven, da es ein Plan und noch kein verabschiedetes Maßnahmenbündel sei. Die Ideen, wie Freizeitflächen in Zukunft genutzt werden könnten, finde sie gut umgesetzt und das Thema „generationsübergreifend“ könne gern in einem zusätzlichen Abschnitt erwähnt werden.

Frau Jansen ist aufgefallen, dass die Barrierefreiheit in den Planungszielen aber nicht im Leitbild genannt werde. Sie bittet um entsprechende Ergänzung.

Herr Fühner stimmt dem zu.

Herr Hewing möchte ebenfalls wie Frau Floyd-Wenke, dass für die nächste Sitzung zu den Kinderspiel-, Senioren-, generationsübergreifende Plätzen usw. zusammengefasste Zahlen zur Verfügung gestellt würden, um die derzeitige Gewichtung sehen zu können.

Herr Fühner wiederholt, dass die Anregungen zu der Budgetierung und Besetzung des Unterausschusses zuerst an den Unterausschuss Kinderspielplätze gegeben werden müssten, bevor diese an den Jugendhilfeausschuss gehen würden. Die anderen Anregungen könnten direkt für die Umsetzung mitgenommen werden.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, den Freizeitflächenbedarfsplan 2023 – 2028 mit den entsprechenden Texten der Vorlage zu erstellen und den gesamten Plan als Druckvorlage dem Jugendhilfeausschuss am 7. Juni 2023 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Änderung in der Besetzung des Unterausschusses Kinderspielplätze  
Vorlage: 169/23**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss bestellt auf Antrag der UWG Fraktion Herrn Rainer Ortel zum stellvertretenden Mitglied in den Unterausschuss Kinderspielplätze.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Fördertatbestände zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz ab  
2023/24  
Vorlage: 162/23**

Herr Gausmann gibt als ergänzende Informationen bekannt, dass es aufgrund des Fachkräftemangels eigentlich absurd sei, über Flexibilisierung von Öffnungszeiten in den Kindertageseinrichtungen zu diskutieren. Er wisse nicht, wie der Rechtsanspruch OGS ab dem 1. August 2026 und die darüber hinausgehenden Betreuungserweiterungen abgebildet werden könnten. Außerdem komme ab 2029 noch die Vollaussstattung hinzu. Dennoch gebe es die Vorlage aus zwei Gründen:

Der eine Grund sei, dass die Träger der Tageseinrichtungen für Kinder derzeit in der Planung für das Kita-Jahr 2023/2024 seien und ihnen der Vertrauensschutz für die Abbildung im Rahmen dieser Flexibilisierungsmittel des Landes und der 25 % der Kommune gegeben werde. Es bleibe abzuwarten, wie zielführend das Sofortprogramm der Ministerin, mit der Erweiterung des Fachkräftepools durch die Zulassung von Psychologen, werde. Da im Jahr 2024 ein neues KiBiz-Gesetz erwartet werde, schlägt er vor, zunächst nur einen Beschluss für das Kita-Jahr 2023/2024 zu fassen.

Der Kreis Steinfurt habe einen Beschluss für das Kita-Jahr 2022/2023 gefasst. Hier seien die 45-Stunden-Buchungen in den Tageseinrichtungen für Kinder mit 55 % höher als in Rheine mit rund 45 %, sodass dort andere Rahmenbedingungen vorliegen würden.

Herr Fühner bestätigt die von Herrn Gausmann vorgebrachten Sorgen, was die Sicherstellung des Rechtsanspruches in Korrespondenz mit den Öffnungs- und Schließzeiten angehe. Über die veränderten gesellschaftlichen Bedarfe werde im Jugendhilfeausschuss seit Jahren diskutiert. Da auch die Betreuungsintensität zugenommen habe, würden die Betreuung und die Betreuungsqualität auf Dauer gesehen nur noch bedingt sichergestellt werden können. Er würde das Wort Fachkräftemangel um das Wort Arbeitskräftemangel ergänzen, da noch so viele Alltagshelferprogramme usw. nicht ausreichen würden.



Er schlägt wie Herrn Gausmann vor, den Beschluss dieser Vorlage auf das Kita-Jahr 2023/2024, welches bekannterweise am 1. August beginne, zu reduzieren und den Punkt im nächsten Jahr erneut im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Frau Overesch sagt, dass es wunderbar beschrieben worden sei, wie dick die auf uns zurollenden dunklen Wolken seien. Die CDU trage den Vorschlag mit, den Beschluss auf ein Jahr zu begrenzen, um später erneut zu prüfen, und stelle dazu den Antrag.

Frau Fettich regt an, die Diskussion zu den Förderbedingungen in der AG 78 fortzuführen, da dort alle Träger vertreten seien. Man könnte sich die Förderkriterien KiBiz-konform zu den Flexibilisierungs-Rahmenbedingungen anschauen, um zu überprüfen, was noch getan werden könne.

Herr Fühner findet die Anregung von Frau Fettich gut, weil dort die Expertinnen und Experten vor Ort seien. Der Caritasverband Rheine e. V. habe in Rheine und Neuenkirchen jeweils zwei Kitas. Mit großem Bedauern, aber mit der Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitenden aufgrund deren Sorgen und Nöte, habe er entschieden, dass sie sich von den verlängerten Öffnungszeiten in den Kitas verabschieden würden. Es dürfe aber kein falscher Eindruck entstehen; die Kommunen und letztendlich die Kitas benötigten die Fördergelder.

Herr Gausmann und Herr Fühner definieren geänderte Beschlussvorschläge, über die abgestimmt wird (*siehe Beschluss*).

#### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Förderung „Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz“ für das Kita-Jahr 2023/2024 zu nutzen und den Landeszuschuss von 356.800 Euro um den gesetzlichen Eigenanteil von 25 % zu erhöhen.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die im Verlauf der Vorlage näher beschriebenen Förderbedingungen umzusetzen.
3. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit der AG 78 weitere hinausgehende Förderbedingungen – als die in der Vorlage näher beschriebenen – zu eruiieren und dem Jugendhilfeausschuss unterjährig erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### **9. Anfragen und Anregungen**

Frau Fettich (*unter TOP 1 vorgetragen*) bedankt sich, dass die Trägerschaft für die neue Kita im Europa-Viertel Waldhügel an die Kinderland gGmbH (*JHA 09.03.2023 – TOP 6*) gegangen sei.

Herr Hewing (*unter TOP 2 vorgetragen*) fragt, wie der Stand der Dinge für die stationäre Pumptrack-Anlage ist, welche zusätzlich zu der mobilen Anlage kommen solle. Er habe von Initiativen Jugendlicher bzw. junger Erwachsenen gehört, die diese gerne nach Rheine haben wollten und auch einen Ortsvorschlag gemacht hätten.

Herr Gausmann (*unter TOP 2 vorgetragen*) antwortet, dass der Freizeitflächenbedarfsplan im Juni 2023 verabschiedet werden solle. In diesem Kontext werde ein Beschlussvorschlag entwickelt, aus dem hervorgeht, wie die Verwaltung mit der großen Anlage, welche mehr als nur eine Pumptrack-Anlage werden solle, umgehen wolle.

Frau Richter (*unter TOP 2 vorgetragen*) begrüßt die zusätzlichen Mittel aus dem Stärkungspakt NRW (*siehe TOP 2*) mit dem Ferienpass usw. Sie regt an, dass die Verwaltung die Lagerleitungen über die Mittel informiere, damit diese auch unbürokratisch ankämen.

Herr Fühner (*unter TOP 2 vorgetragen*) bedankt sich dafür, wie kreativ die Verwaltung mit der Verwendung der Mittel im Bereich Jugend und Soziales aus dem Stärkungspakt NRW umgehe und diese Eins zu Eins weitergebe. Andere Gemeinden, Kommunen, Kreise und kreisfreie Städte würden sich laut der Medien wegen der Vorgaben mit der Verwendung der Mittel schwertun. Es sei lange auch umstritten gewesen, ob zusätzlicher Personaleinsatz, neben Honorarkräfte gefördert würde. Er weist darauf hin, dass die Verwendung dieser Mittel ausschließlich auf dieses Jahr befristet sei.

***Ende des öffentlichen Teil: 18:19 Uhr***

---

Dieter Fühner  
Ausschussvorsitzender

---

Andrea Atrott  
Schriftführerin